

# Minister: Energiewende treibt Städte in die Katastrophe

Duin fordert Milliarden-Subvention für Kraftwerks-Betreiber

v. 21. 10. 13

Von Tobias Blasius  
und Matthias Korfmann

**Düsseldorf/EsSEN.** Die Energiewende droht für viele Städte zur finanziellen Katastrophe zu werden. Besonders im Ruhrgebiet sind dramatische Folgen zu befürchten. Mit diesen Thesen hat NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) eine heftige Debatte ausgelöst.

Hintergrund für Duins düstere Prognosen sind die wirtschaftlichen Probleme vieler Stadtwerke und des Energiekonzerns RWE, an dem zahlreiche NRW-Städte beteiligt sind. „Wenn dort die Verluste von den Kraftwerken reinregnen und die Städte Wertberichtigungen vornehmen müssen, dann wird das eine Katastrophe. Da schließt dann auch noch das letzte Hallenbad, weil die Kraftwerke so hohe Verluste produzieren“, so der Minister in der „Wirt-

schaftswoche“. Duin zufolge werden die Städte „eine Sparorgie hinlegen müssen, die ihresgleichen sucht“. Bei Gesprächen mit Kämmerern schlage ihm „die nackte Not entgegen“ – vor allem im Ruhrgebiet.

Der Minister forderte Milliarden-Subventionen für die Betreiber fossiler Kraftwerke. Sie sollten dafür belohnt werden, dass sie Kraftwerke als Energiereserve vorhalten. „Dabei landen wir am Ende maximal bei sechs Milliarden Euro im Jahr.“

Scharfe Kritik kam von Bärbel Höhn, Grünen-Fraktionsvize im Bundestag und langjährige NRW-Umweltministerin: „Es ist verrückt, dass Minister Duin milliarden-schwere Subventionen in Kohlekraftwerke stecken will, die keine Zukunft mehr haben, und zugleich darüber klagt, dass sich das Ruhrgebiet zu lange mit lebensverlängernden Maßnahmen für sterbende

Großindustrien aufgehalten habe.“

Die Stadtkämmerer von Dortmund und Oberhausen, Jörg Stüdemann (SPD) und Apostolos Tsalastras (SPD), bestätigten, dass die Lage der Kommunen ernst sei. Stüdemann: „Ich glaube nicht an eine Katastrophe, aber allein die Dividenden-Kürzung des RWE-Konzerns kostet uns bis zu 20 Millionen Euro. Hinzu kommen jährlich 25 Millionen Zuwachs bei den Sozialausgaben.“ Beide Kämmerer zweifeln aber am Sinn von Milliarden-Subventionen für Kraftwerksbetreiber. Tsalastras forderte statt Subventionen „einen Strompreis, der nicht nur die Stromproduktion vergütet, sondern auch die Vorhalte-Kapazitäten durch fossile Kraftwerke.“ Es sei sinnlos, fossile Kraftwerke zu schließen und dann Atomstrom aus dem Ausland zu importieren. mit dpa

Bericht/Kommentar **Wirtschaft**